

wärtig kaum. Es gibt Einzelerfolge, vor allem im Bereich der Familienillustrierten. Paradebeispiele sind der französische „Pèlerin“ und die italienische „Famiglia cristiana“, aber sie werden Ausnahmen bleiben. Kirchenblätter in die Konkurrenz mit „Brigitte“ oder „Stern“ zu schicken, wäre die Naivität nicht wert, die zu solchen Versuchen rät. Lokalzeitung mit Nischenfunktion, mehr wird insbesondere die Bistumspresse, aber auch das meiste andere, was als Kirchenpresse erscheint, nicht sein können. Ein bißchen lebhafter, gelegentlich auch ein bißchen frecher und vor allem diskussionsfreundlicher kann es dennoch zugehen. Aber es ist keine Schande, sich zur Nischenfunktion zu bekennen, wenn auch der erzielbare Erfolg dann nur Bestandserhaltung heißen kann. Wenn allerdings hier von Nischen die Rede ist, sind nicht Nischen in bischöflichen Palais gemeint, auch wenn diese meist schön sind, sondern die um die öffentlichen Ecken und Plätze, die für vieles den Blick freigeben, was andere mitten im Getümmel nicht ohne weiteres sehen. se

## Spaltung?

Als hätte es nicht schon gereicht, daß im letzten Herbst, ein Jahr nach dem heißen Herbst von 1983, die Fähigkeit der bundesdeutschen Friedensbewegung, die Bevölkerung zu Aktionen gegen Rüstung, Nachrüstung und Nach-nach-Rüstung auf die Straße zu bringen, sichtlich erlahmte. Nun ist der Unfriede auch noch innerhalb der Gruppe der Friedensbewegten selbst ausgebrochen. Die einen „beschleicht Wehmut“ – „man könnte heulen vor lauter schönen Erinnerungen“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt). Die anderen registrieren vorschnell, nicht ohne einen triumphierenden Unterton: „Die ‚Friedensbewegung‘ liegt im Koma. Ihr Ende ist vorprogrammiert“ (Deutsche Tagespost).

Daß die Friedensbewegung in einer

Krise steckt, ist indes unstrittig, ob man dies nun bedauert oder begrüßt. Auf einer Sitzung des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung Ende November wurde es publik: Von seiten der acht (von insgesamt 30 Trägerorganisationen) *christlichen Gruppen* innerhalb dieses Gremiums (die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, die Evangelischen Studentengemeinden, die Friedensbewegung Pax Christi, die Initiative Kirche von unten u. a.) war der Antrag gestellt worden, den Koordinierungsausschuß in ein Beratungs- und Informationsgremium umzuwandeln und das Bonner Büro aufzulösen.

Hintergrund des Begehrens: Nach Ansicht der christlichen Gruppen ist die Zentrale der Friedensbewegung innerhalb des letzten Jahres mehr und mehr „erstarrt“ zu einer Organisation, die Großdemonstrationen plant und durchführt. Probleme der Basis der Friedensbewegung seien vernachlässigt worden. Obendrein sei der Einfluß von Parteien, von den Sozialdemokraten über die Grünen bis hin zur DKP in einem für die Unabhängigkeit der Arbeit unerträglichen Maße gestiegen. *Aktion Sühnezeichen* ließ in dem Zusammenhang verlauten, es gehe nicht an, daß Vertreter der Grünen im Ausland so täten, als verlange die gesamte Friedensbewegung den Austritt aus der NATO. Ebenso wenig könne man sich durch die DKP auf ein Stillschweigen gegenüber den sowjetischen Rüstungsanstrengungen verpflichten lassen. Im Falle der SPD müsse das Verhältnis zur konventionellen Rüstung geklärt werden.

Die christlichen Gruppen wünschen angesichts dieser Lage eine *Stärkung des außerparlamentarischen Charakters* der Friedensbewegung. Im übrigen will man vermehrt der lokalen und regionalen Arbeit Aufmerksamkeit schenken. Da man in der Frage der Arbeitsweise des Koordinierungsausschusses zu keiner einvernehmlichen Lösung kam, trat Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste aus dem Koordinierungsausschuß aus, die sieben anderen Gruppen wandelten ihre Mitgliedschaft in einen Beobachterstatus

um. Die übrigen Gruppen wollen die bisherige Struktur beibehalten. Das Vorgehen der christlichen Gruppen wurde als Versuch der Spaltung bzw. als „Enthauptungsschlag“ bezeichnet. Das letzte Wort in der Angelegenheit allerdings ist noch nicht gesprochen.

Wie immer dieser Streit ausgehen wird, ob der Bruch sich verfestigt oder ob man eine Übergangslösung findet, mit der sich zunächst einmal leben läßt: Bedenken gegenüber dem Entschluß der christlichen Friedensgruppen wird man nicht einfach übergehen dürfen. Daß die christlichen Gruppen sich einen gewissen Freiraum erhalten, die inhaltlichen Ziele nicht *parteilichen Strategieerwägungen* unterordnen wollen, wer könnte dafür nicht Verständnis haben? Zumal man damit auch den Gegnern im eigenen (christlichen) Lager zu verstehen gibt: Euer Gerede von einer Blindheit gegenüber ideologischer Vereinnahmung entbehrt der Grundlage. Außerparlamentarische Bewegungen, zumal wenn sie über einigen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, dürfen sich indes nicht wundern, wenn sie ins Räderwerk von Parteien geraten. Es ist nur allzu verständlich, daß Parteien, zumal wenn sie parlamentarisch in der Opposition stehen, einen Teil dieses Rückhalts für eine Bewegung für eigene Zwecke abzuzweigen versuchen, selbst wenn in der Sache noch vieles unklar ist und keineswegs Einigkeit besteht.

Könnte vor diesem Hintergrund nicht auch der Ruf nach einem „*christlichen Friedensrat*“ als durchaus problematisch erscheinen? Der niederländische „Interkonfessionelle Friedensrat“ (IKV) scheidet als Vorbild ohnehin aus, da dort die Kirchen selbst Mitglied sind; dafür jedoch fehlen in der Bundesrepublik die Voraussetzungen. So sinnvoll es sein kann, christlichen Friedensgruppen mit Hilfe einer solchen Dachorganisation Ermutigung zum Weitermachen, ein Forum der Auseinandersetzung sowie eine Lobby den Kirchenleitungen gegenüber zu bieten, zu bedauern ist zunächst einmal, daß sich Christen aus überkonfessionellen Gremien zurückziehen und unter sich bleiben. In einer christlichen Friedensnische? nt